

Kommentar Wirtschaftspolitik
2013/03 | 22. Jänner 2013

Unternehmertum braucht Freiheiten

Im vor kurzem veröffentlichten „2013 Index of Economic Freedom“ der Heritage Foundation verbesserte sich Österreich im Vergleich zu 2012 um drei Plätze und belegte den 25. Rang. Wenngleich das Ranking punktuell Maßnahmen identifiziert, die zu der Verbesserung geführt haben, werden nach wie vor Verbesserungspotenziale & Reformmöglichkeiten gesehen, die sich standortförderlich auswirken würden. Der positive Elan der Ranking-Verbesserung sollte genutzt werden, um weitere Schritte zu setzen.

Der „Index of Economic Freedom“ wird seit 1995 jährlich von der Heritage Foundation veröffentlicht und vergleicht die wirtschaftliche Freiheit in 185 Ländern, wobei 2013 schlussendlich 177 Länder im Index gewertet wurden. Österreich erreicht heuer den 25. Rang und verbessert sich somit um drei Plätze im Vergleich zu 2012. Österreich hat damit auch sein Vorkrisen-Ranking egalisiert (2007 ebenfalls Rang 25). EU-27-weit schließt Österreich heuer als Elfter ab; innerhalb der Eurozone ist Österreich Siebenter von 17 Euroländern.

Angeführt wird das Feld erneut von Hong Kong, Singapur, Australien, Neuseeland und der Schweiz. Als bestes EU-Land schloss Dänemark ab (9.). Weitere Platzierungen betreffen die USA (10.), Irland (11.), Niederlande (17.), Schweden (18.), Deutschland (19.), Japan (24.) sowie Tschechien (29.), Slowakei (42.), Ungarn (48.), Frankreich (62.), Italien (83.), China (136.) und Russland (139.).

Der Index of Economic Freedom misst den Grad der „wirtschaftlichen Freiheit“ (was laut Heritage Foundation gleichbedeutend ist mit ausreichendem Handlungsspielraum für die Wirtschaft und die Regierung) und den Regulierungsgrad anhand von vier Kategorien mit insgesamt zehn Subkategorien:

- **Rechtsstaatlichkeit** (Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption)
- **Rolle des Staates** (steuerliche Freiheit, Staatsausgaben)
- **Staatliche Regulierung** (unternehmerische Freiheit, Arbeitsmarktregulierung, monetäre Freiheit)
- **Offene Märkte** (freier Handel, Investitionsfreiheit, Freiheit am Finanzsektor)

2013 Index of Economic Freedom - Platzierung Österreichs gemäß Subkategorie

		Rang 2013	Veränderung	Rang 2012
Rechtsstaatlichkeit	Eigentumsrechte	2	↔	2
	Freiheit von Korruption	16	↓	15
Rolle des Staates	steuerliche Freiheit	170	↑	173
	Staatsausgaben	162	↑	167
Staatliche Regulierung	unternehmerische Freiheit	55	↑	71
	Arbeitsmarktregulierung	22	↑	38
	monetäre Freiheit	44	↓	21
Offene Märkte	freier Handel	11	↔	11
	Investitionsfreiheit	10	↑	14
	Finanzsektor	17	↔	17

Quelle: Heritage Foundation

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

Warum „wirtschaftliche Freiheit“ für das Unternehmertum, in einer sozialen Marktwirtschaft und somit für eine Volkswirtschaft essentiell ist:

Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes hängt maßgeblich von den vorherrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab, die direkt und indirekt Einfluss auf die Unternehmen - das Rückgrat der heimischen Wirtschaft - haben. Durch optimale Rahmenbedingungen, verantwortungsvolle Wirtschafts- und Fiskalpolitik und ein adäquates Niveau an wirtschaftlicher Freiheit für alle Beteiligten im wirtschaftlichen Gefüge wird der gesunde Wettbewerb erhöht sowie Transparenz und unternehmerische Dynamik gefördert, was maßgeblichen Einfluss auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich hat.

Bewertung Österreichs durch die Heritage Foundation:

- **Rechtsstaatlichkeit:** Eigentumsrechte in Österreich sind gut geschützt und die Vertragssicherheit ist hoch. Zuletzt kam es zu einem Anstieg an Korruptionsfällen, wobei erste Aufklärungsschritte eingeleitet wurden.
- **Rolle des Staates:** Die Steuer- und Abgabenbelastung bleibt weiterhin hoch im internationalen Vergleich. Zuletzt wurden Einsparungen bei Staatsausgaben getätigt, aber weiteres Einsparungspotenzial scheint vorhanden zu sein.
- **Staatliche Regulierung:** Maßnahmen zur Unternehmens- und Innovationsförderung wurden umgesetzt. Es besteht Spielraum für weitere Regulierungsreformen. Lohnnebenkosten am Arbeitsmarkt sind im internationalen Vergleich hoch. Die Inflation war zuletzt leicht im Steigen begriffen, orientiert sich aber am EU- bzw. Eurozonen-Durchschnitt.
- **Offene Märkte:** Als Mitglied der EU weist Österreich einen hohen Grad an Offenheit gegenüber dem globalen Handel und Investitionen auf. Außerdem verfügt Österreich über einen wettbewerbsfähigen und stabilen Finanzsektor.

Bewertung aus Sicht der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik:

Die leichte Ranking-Besserung Österreichs ist zu begrüßen, nichtsdestotrotz besteht in einigen Bereichen weiterhin Handlungsbedarf, will man langfristig das Vorkrisenniveau nicht nur egalisieren, sondern sich weiter verbessern. Schwachstellen bleiben der Zustand der öffentlichen Finanzen (in Punkto Schulden- und Defizitniveau) und eingeschränkter Handlungsspielraum auf Grund der hohen Steuer- und Abgabenbelastung. Hier anzusetzen und gleichzeitig intelligenten Bürokratieabbau zu betreiben sowie Effizienzpotenziale zu nutzen entspricht nicht nur den Empfehlungen namhafter internationaler Organisationen (IWF, EK, OECD), sondern kommt auch langjährigen Forderungen der WKÖ gleich, die eine Stärkung des Unternehmertums - und damit auch des Wirtschaftsstandortes Österreich - als Ziel haben. Nicht ohne Grund hat die WKÖ „Unternehmertum“ als Leitthema für die kommenden Jahre gewählt. Gleichzeitig wurden die wichtigsten Forderungen zur Sicherstellung der Standortattraktivität in der „Agenda 2013“ zusammengefasst. Diese umfassen unter anderem:

- **Ambitioniert konsolidieren und gleichzeitig Wachstum ankurbeln:** Ausgabenseitige Konsolidierung, weil die Steuer- und Abgabenquote schon hoch ist. Schulden reduzieren, weil diese den Handlungsspielraum für künftige Generationen verringern. Gleichzeitig aber genug Raum für wichtige Zukunftsinvestitionen einplanen.
- **Belastungen reduzieren und Besteuerung vereinfachen:** Z.B. Vereinfachung der mitunter aufwendigen Unternehmensbesteuerung.
- **Weitreichende System- und Strukturreformen angehen:** U.a. bei Pensionen, Bildung, in der Verwaltung und im Gesundheitsbereich.
- **Arbeitsmarktpolitik umgestalten:** Lohnnebenkosten senken, Arbeitszeit flexibilisieren, dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung